

369



Der Freiheits- kämpfer

Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit

66. Jahrgang – Nr. 48 – Mai 2017

„Es gibt kein unwertes Leben“

72 Jahre Ende der NS-Diktatur

**1927–1938: Mythen, Fakten
und blinde Flecken in der
Geschichte Österreichs**

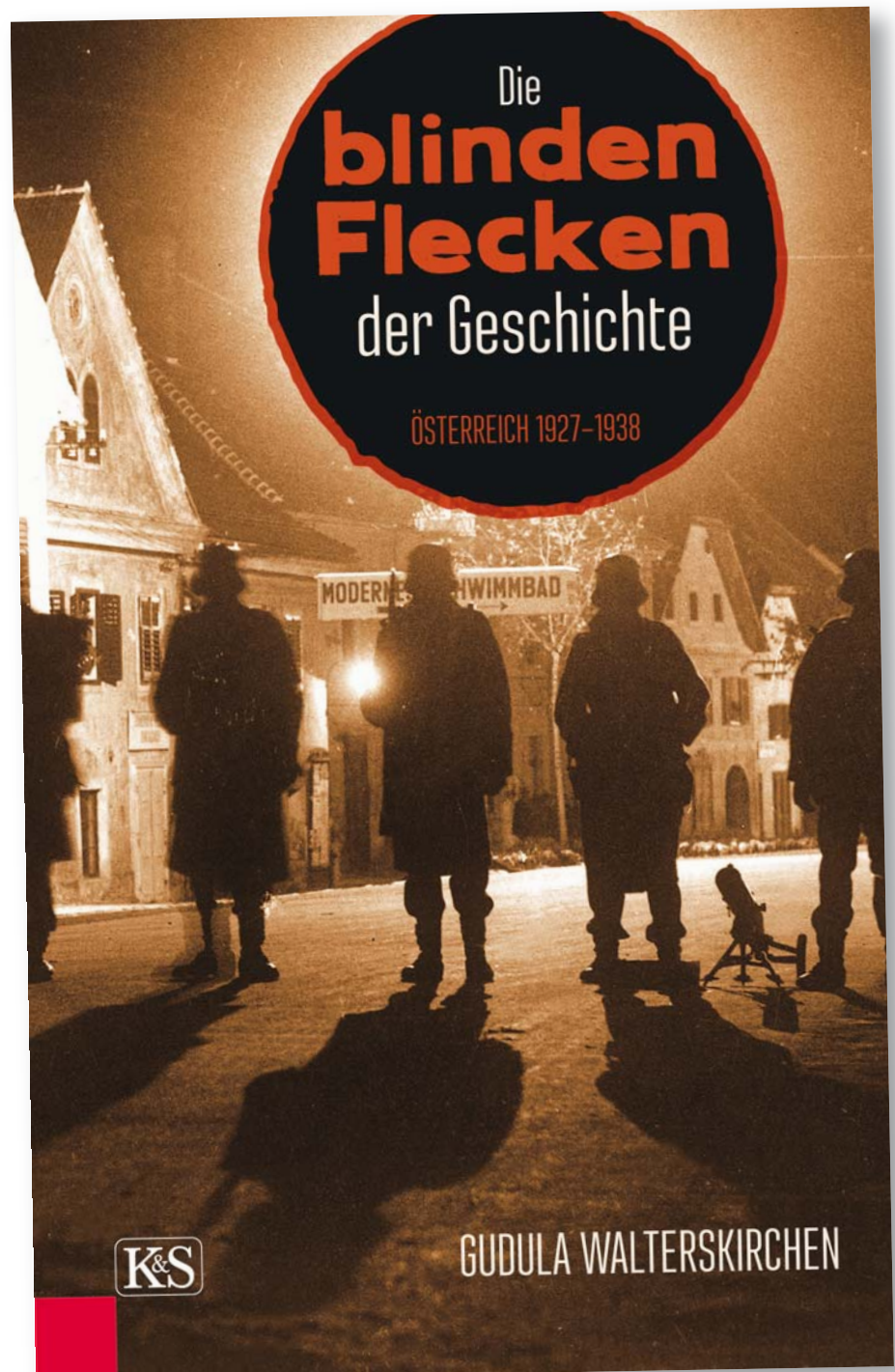
Dollfuß Gedenken

Wie alljährlich versammeln
wir uns auch heuer am

**Samstag, den
22. Juli 2017, 10h,
am Hietzinger
Friedhof,**

zum Gedenken an die
Er mordung von Bundes-
kanzler Dr. Engelbert Dollfuß
so wie der drei Offiziere
Biedermann, Huth und
Raschke.

*Die K.Ö.L. Starhemberg
organisiert in der
Einsegnungskapelle eine
Hl. Messe um 9:30 Uhr,
wozu herzlich
eingeladen wird.*



Einseitiges Gedenken

Am 26. April dieses Jahres wurde auf Initiative des „Bundes sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen“ im Wiener Rathauspark ein Gedenkzeichen für die Opfer des Februar 1934 enthüllt.

So weit so gut. Es mag gutes Recht und Teil der Gedenkkultur sein, dass die politischen Nachfahren der damaligen bewaffneten Gegner zuvorderst den Opfern in den eigenen Reihen gedenken.

Sieht man sich die Presseaussendung der Gedenktafel-Enthüllung (die über den offiziellen Pressedienst des Wiener Rathauses hinausging) und den Text der Tafel selbst an, kommen einem freilich Zweifel, ob es mit der Versöhnung und der (zumindest versucht objektiven) Geschichtsschreibung auf linker politischer Seite sonderlich weit her ist.

So beginnt die Pressemitteilung mit den Worten: „Vom 12. bis 15. Februar 1934 fanden in Teilen Österreichs bewaffnete Auseinandersetzungen statt, die als Februarkämpfe 1934 in die Geschichte eingegangen sind. Viele Kämpferinnen und Kämpfer für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit mussten dabei ihr Leben lassen.“

Schon diese erste Passage blendet nicht nur implizit und gewollt die Opfer auf Regierungsseite aus: Sie ignoriert auch (bewusst?) die hohe Anzahl an „Zufallsofern“ über die Gudula Walterskirchen in ihrem neu erschienenen Buch (das das Titelblatt dieser Ausgabe ziert) berichtet: Der größte Teil waren Walterskirchen zu Folge nämlich „Passanten, Schaulustige, Frauen, die einkaufen gehen wollten und Kinder“.¹

Dass die „Februarkämpfer“ nicht ausschließlich für die genannten Werte gekämpft haben, sondern doch auch für die im „Linzer Programm“ der Sozialdemokraten 1926 in Aussicht gestellte „Diktatur des Prole-



tarats“ ist historische Tatsache. Gerade Richard Bernaschek, zum Helden stilisierter Schutzbündler, der vom SPÖ-Abgeordneten Dietmar Keck im Rahmen einer Plenarsitzung noch 2008 wörtlich so bezeichnet wurde, hatte wohl vieles im Sinne, aber kaum Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

So weist der Sozialhistoriker Roman Sandgruber, langjähriger Institutsvorstand an der Universität Linz, nach, dass in Bernascheks Umfeld und unter dessen Zutun bereits zwischen März 1933 und Februar 1934

formuliert wurde, dass „mit der Weltwirtschaftskrise alle demokratischen Möglichkeiten geendet hätten“.²

Fakten, über die man im Rahmen dieser Gedenktafel-Enthüllung – wie schon bei früheren Gedenkereignissen – einmal mehr „nobel“ hinwegsieht.

Stattdessen erinnert die Presseaussendung daran, dass es gelte, „das Erbe der Helden

dem Zusammenhang und ist fragwürdig. Man mag die Zeit der 30er Jahre unterschiedlich beurteilen und man mag auch die Handlungsweisen der einzelnen Akteure different beurteilen. Fehler wurden gemacht – von einzelnen Akteuren und auf beiden Seiten!

Dem Schutzbund hingegen samt und sonders „heldenhafte“ Motive zu unterstellen ist nicht nur fragwürdig, es ist schlicht historisch unseriös und falsch.

Aber – leider – geht es in dieser Tonart weiter: „Der Februaraufstand 1934 war ein letzter verzweifelter Versuch die mühsam erkämpfte parlamentarische Demokratie (...) zu retten. (...) gegen eine faschistische Machtübernahme mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.“

Hier haben wir es wieder, das Zauberwort vom „Faschismus“, das bekanntlich auch dazu dient, eine nicht akzeptable, weil historisch unrichtige Konstante zwischen dem Dollfuß-Regime und dem verbrecherischen NS-Staat zu konstruieren. Schade, dass man beim Gedenken an die Opfer aus den eigenen Reihen nicht ohne (in keiner Weise gerechtfertigter) Heldenmythen auskommt. Schade, dass man gar nicht den Versuch unternimmt, sich der Geschichte „sine ira et studio“ und auch nur halbwegs objektiv anzunähern.

PH ■

Leserbrief

Sehr geehrte Redaktion!

Vielen Dank für den großartigen Artikel auf Seite 3 des Dezember-„Freiheitskämpfers“, der die Sache genau auf den Punkt bringt.

Frohe Weihnachten!

Herzlichst

Claudia Tancsits

¹ Walterskirchen, „Die blinden Flecken der Geschichte“, 2017

² Sandgruber, Academia 2008, zitiert in Walterskirchen, „Die blinden Flecken der Geschichte“, 2017

„Es gibt kein unwertes Leben“

Michael Memelauer (1874–1961), Diözesanbischof von St. Pölten von 18.4.1927–30.9.1961, hat in seiner Silvesterpredigt 1941 mutige Worte gegen das NS-Regime gefunden.

Am 9. Februar 2017 wurde im Sommerrefektorium der Diözese die Broschüre „Vor unserem Herrgott gibt es kein unwertes Leben“ vorgestellt. Die Broschüre erschien zum 75 Jahre Jubiläum der von SE am 31. Dezember 1941 im Dom zu St. Pölten gehaltenen Silvesterpredigt gleichen Titels. Dabei kam es zu einer beispielgebenden Zusammenarbeit zwischen dem Diözesanarchiv St. Pölten und dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, dort unter aktiver Einbringung des Herrn Geschäftsführers Dr. Brandstetter und des Archivaren Dr. Garscha.

Memelauer, der wie alle anderen österreichischen Bischöfe im April 1938 den Aufruf, den Anschluss zu bejahen, mitunterzeichnet hatte (der Kardinal mit dem später viel zitierten und kritisierten Zusatz „Heil Hitler“) wurde schon bald danach zu einem entschiedenen

Gegner des Nationalsozialismus. Mit Entsetzen und Ablehnung registrierte er in seiner Diözese überhandnehmende Ermordungen kranker Menschen, die von den NS-Tätern als unwertes Leben dargestellt und der Euthanasie zugeführt wurden. Hierfür steht für Österreich als zentrale Totenfabrik das Schloss Hartheim, aber auch die Wiener Klinik Spiegelgrund. Darüber wurde bereits mehrmals ausführlich berichtet und geschrieben.

Bei seiner Silvesterpredigt am 31.1.1941 gedachte er zunächst der Soldaten an der Ostfront, wo gerade die ersten Rückschläge zu verzeichnen gewesen sind, um dann u.a. auszuführen:

Weil ein persönlicher, allmächtiger und liebender Gott an der Quelle eines jeden Menschenlebens steht, hat Gott allein das Recht auf und über das Leben und ist jeder gewalttätigen Beseitigung eines Men-

schenlebens ein Eingriff in die hl. Gottesrechte und eine Verletzung der natürlichen Menschenrechte, auch die Beseitigung des sogenannten unwerten und unproduktiven Lebens. Vor unserem Herrgott gibt es kein unwertes Leben. Man mag mit noch so schönen Sophismen den Unwert eines Lebens beweisen wollen, man mag mit noch so künstlerischer Aufmachung im Film die Euthanasie verherrlichen, es ist und bleibt

ein Eingriff in die hl. Gottesrechte und eine Verletzung der natürlichen Menschenrechte, einem Menschenleben gewaltsam ein Ende zu machen. Auch der Unglückliche, dessen Sinne verwirrt sind, auch das Kind, das als Krüppel auf die Welt kommt, auch der Kranke und Sieche und vom Alter Gebrochene hat ein Recht auf das Leben, solange ein allweiser Gott ihm das Leben erhält, und verdient die Umsorge und Liebe der Umwelt.

Darum haben wir Bischöfe gegen die Tendenzen unserer Zeit an höchster Stelle Protest erhoben und werden niemals schweigen zur Beseitigung unwerten und unproduktiven Lebens und werden es immer als das bezeichnen, als was es bei allen Kulturvölkern angesehen wird.

Du sollst nicht töten. Das ist das gewaltige, die Menschheit auf der ganzen Welt schützende Gottesgesetz, hineingeschrieben in das Gewissen aller, auch der primitivsten Völker, noch bevor es in einem bürgerlichen Gesetzbuch kodifiziert wurde. Und dieses Gesetz soll für deutsche Menschen nicht mehr gel-



ten, wenn sie nach Ansicht eigener Volksgenossen als unproduktiv und lebensunwert bezeichnet werden? Die Missachtung dieses Gesetzes müsste die Strafe Gottes herausfordern. Das Wort der hl. Schrift hat sich in der Völkergeschichte noch immer bewährt. Gott lässt seiner nicht spotten. Was der Mensch sät, wird er ernten.

Memelauer hat durch seine mutigen Worte bewiesen, dass er sich von den Machthabern nicht einschüchtern ließ, genauso wie der Bischof von Münster, Graf Galen, der spätere Kardinal, dessen Seligsprechung erfolgte am 5. Oktober 2005.

Die Mitwirkung des Dokumentationsarchivs bezeugt zum wiederholten Male dessen Überparteilichkeit und politische Neutralität, aber auch die Hochachtung gegenüber Repräsentanten der katholischen Kirche.

Dr. Norbert Kastelic ■

(Bestellungen der Broschüre zum Preis von 5 Euro sind beim Diözesanarchiv St. Pölten, Klostergasse 10, 3100 St. Pölten, möglich, Anm. der Redaktion.)

Seligspredigung

Am 18. März wurde der Südtiroler Josef Mayr-Nusser in Bozen seliggesprochen.

Eine Delegation des Landesverbandes Tirol fuhr nach Bozen zur Seligsprechung, die Kardinal Angelo Amato als Präfekt der Kongregation für Selig- und Heiligsprechungsprozesse im Auftrag vom Papst Franziskus leitete. Josef Mayr-Nusser (1910-1945) hatte im Zweiten Weltkrieg den „Treueid auf den Führer“ aus religiösen Gründen verweigert und wurde von den Nazis verurteilt und ins KZ gebracht. Auf den Weg dorthin ist er an den Strapazen erlegen.

Weitere Hintergründe findet man im Internet auf der Homepage:

www.josef-mayr-nusser.it

Vom „Kettenhund“ zum „Austro-Fascismus“?

Der als freiheitlicher Parahistoriker geltende Lothar Höbelt legt eine detaillierte Geschichte der Heimwehren vor, die auch Aufschluss über die teils verworrenen Entwicklungen der Zwischenkriegszeit gibt.

Dass paramilitärische Verbände die politische Landschaft der Ersten Republik wesentlich geprägt haben ist bekannt. Weniger bekannt – und in der zeitgeschichtlichen Diskussion bisweilen auch zu wenig berücksichtigt – ist die Tatsache, dass die Heimwehren nicht einfach das „schwarze“ Pendant zum „roten“ Schutzbund waren. Hervorgegangen aus den Selbstschutzverbänden, die sich in Österreich nach Ende des Ersten Weltkrieges gebildet hatten, blieben sie bis zuletzt ein äußerst heterogenes paramilitärisches Gebilde, das weder in den ideologischen Grundsätzen noch in den formulierten Zielen einheitlich zu verorten war. So beherbergte die Organisation (eindeutig oder der Papierform nach) Anhänger (und Funktionäre) der Christlich-Sozialen, der Großdeutschen Volkspartei, des Landbundes und kleinerer Splittergruppen, die vor allem eines gemein hatten: Den Antimarxismus.

Mindestens ebenso heterogen waren die Protagonisten: Rüdiger Starhemberg, Emil Fey, Walter Pfrimer, Richard Steidle, um nur einige prominente Namen zu nennen. So stellte sich beim Schutzbund, der als Organisation einer Partei ins Leben gerufen wurde, die Frage der Mutation zur Partei oder die Kandidatur zu Wahlen per se nicht. Und während auf „bürgerlicher“ Seite ein ständiger Kampf zwischen (Partei)-politik und Wehrverbänden um die Führung stattfand, war dies auf sozialdemokratischer Seite zumindest theoretisch klargestellt. Der Schutzbund als Parteiarmee musste den Primat der Politik anerkennen (was freilich im Zusammenhang mit den Februarunruhen nicht galt: Hier handelte der Wehrverband eigenständig und ohne Initiative der Parteiführung).

Anders bei den Heimwehren, die einerseits mehr oder weniger deutlich dem Parteienstaat abgeschworen, andererseits Vertreter eben jenes Parteienstaates – unterschiedlicher Provenienz – in ihren Reihen und Funktionärsrängen hatten.

Höbelt legt hohes Augenmerk auf persönliche Differenzen und Machtkämpfe der Führungspersönlichkeiten, die tatsächlich prägend für Entwicklung

und Geschichte der Bewegung waren. So stellt er sogar – was zumindest kritisch zu bewerten ist – die Angst vor Starhembergs Rückkehr an die Spitze der Heimwehren als Hauptbeweggrund für den (dilettantischen-operettenhaften) „Pfrimer-Putsch“ des Jahres 1931 dar. „Starhembergs ‚comeback‘ schwebte wie ein Damoklesschwert über ihm“, schildert der Autor.

In Summe ist es dem freiheitlichen Parahistoriker freilich gelungen, eine dichte Erzählung zu schaffen, die Aufschluss über die Vorgänge gibt und zeigt, dass so manches in der Historie auch von Zufällen mitgeprägt sein kann.

Das Buch führt vor Augen, wie vielschichtig – und teils auch verworren – die Vorgänge in der 1. Republik waren und gibt außerdem Aufschluss darüber,

wie unterschiedlich die ständische Idee von den Heimwehren selbst und auch in den Reihen der Christlich-Sozialen beurteilt wurde. Auch die unterschiedlichen Zugänge der Protagonisten der Christlich-Sozialen zu den Wehrverbänden erschließen sich.

Auf Seiten der Heimwehren wird nicht nur die grundsätzlich kritische Haltung zum Parlamentarismus nachgezeichnet; Höbelt beleuchtet auch das Verhältnis zu den Nationalsozialisten, die vom möglichen Verbündeten bis zum erbitterten Feind am Höhepunkt des Einflusses der Heimwehr nach dem Februar 1934 mutierten.

Als Heimatblock sicherte die Heimwehr mit dem Landbund Engelbert Dollfuß die parlamentarische Mehrheit, unter Schuschnigg ging sie nicht freiwillig in der Vaterländischen Front des Ständestaates auf. PH ■



ISBN 978-3-902732-66-8

**Lothar Höbelt
DIE HEIMWEHREN UND DIE
ÖSTERREICHISCHE POLITIK
1927-1936**

**Vom politischen „Kettenhund“
zum „Austro-Fascismus“?
Mit Bildern aus dem Archiv von
Mario Strigl
456 Seiten, zahlreiche Abbildungen,
Hardcover, € 34,90**

Würdiges Gedenken zum 1. April

Wie in den vergangenen Jahren fand auch heuer anlässlich der Wiederkehr des Gedenktages zum ersten sogenannten „Prominententransport“ nach Dachau eine Veranstaltung bei der Gedenktafel in der oberen Halle des Wiener Westbahnhofes statt. Wegen des Wochenendes wurde diese Veranstaltung bereits am 31. März abgehalten. Vertreter des KZ-Verbandes hatten die Namen

sämtlicher 50 Männer dieses Transportes auf Namenstafeln angebracht und den Ort der Veranstaltung damit umspannt. Nach der Begrüßung durch Dr. Winfried Garscha namens der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und WiderstandskämpferInnen Österreichs und Grußworten des Vorsitzenden der Personalvertretung der Österreichischen Bundesbahnen konnte Dr. Ger-

hard Kastelic auf die in diesem Transport gefangenen Persönlichkeiten hinweisen, die später in der 2. Republik hohe Funktionen ausgeübt hatten. Der Personenkreis umfasste Männer aller politischen Richtungen, Journalisten, Wirtschaftsfunktionäre und besonders viele rassistisch Verfolgte. Er zeigte weiters auf die nach 1945 zum Wiederaufbau unserer Heimat notwendige und in positivem

Sinn gehandhabte Zusammenarbeit hin und betonte, dass dieser Wir-Gedanke der ersten Nachkriegszeit leider in der heutigen Zeit durch partikuläre Interessen, Egoismus und Bevorzugung einseitiger Wünsche zerstört worden ist. Die anschließende Kranzniederlegung beendete diese Veranstaltung. Erfreulicher Weise waren von unserer Organisation einige Personen anwesend. GK ■

Gedenken im Parlament

Die seit bald 20 Jahren traditionell stattfindende Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus wurde auch heuer zu einer machtvollen Demonstration all jener, die sich gegen radikale Strömungen und Versuche zur Geschichtsfälschung einsetzen.

Umrahmt von Musik von Professor Walter Arlen, einem gebürtigen Wiener und am Klavier dargebracht von Daniel Wnukowsk, begrüßte die Präsidentin des Bundesrats Sonja Redl-Rossmann die erschienenen Teilnehmer und erinnerte daran, dass die Ereignisse der Okkupation Österreichs ins kollektive Bewusstsein gerückt werden müssen, um gemeinsam daran zu erinnern und zugleich zu mahnen.

In der Begrüßung durch die Präsidentin des Nationalrates

Doris Bures verwies diese auf zwei große Persönlichkeiten, die in Wien geboren wurden: einerseits Prof. Walter Arlen und andererseits die Festrednerin dieser Veranstaltung, Frau Prof. Dr. Gertrude Schneider. Beide mussten flüchten, blieben aber immer mit ihrer Heimat Wien verbunden.

Frau Dr. Schneider gab einen bewegenden Überblick über ihr Leben in Wien, ihre Flucht und die fürchterlichen Umstände des Ghettolebens mit der schließlichen Befreiung und der



© Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Emigration in die USA, wo sie eine anerkannte Historikerin wurde. In ihren Publikationen hat sie immer wieder das Schicksal der Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus beleuchtet. Sie schloss ihre An-

sprache mit den Worten ihres Vaters am Totenbett; „Gott schütze Österreich“. Diese Worte, die auch von Bundeskanzler Dr. Schuschnigg verwendet wurden, sind uns wohl bekannt.

GK ■

Jahrestag der Befreiung im ehemaligen KZ Dachau

Mehrere hundert Teilnehmer, darunter eine Abordnung des Landesverbandes Tirol der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, kamen am 30. April in das ehemalige KZ Dachau, um den 72. Jahrestag der Befreiung des KZ zu begehen.

Dachaus Oberbürgermeister Forian Hartmann bezeichnete in seiner Rede den im Herbst 2016 verstorbenen Max Hartmann als einen der wichtigsten Mahner und Versöhner. Auch die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde, Charlotte Knobloch, und der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland mahnten in ihren Ansprachen, die aktuellen Entwicklungen am rechten Rand nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Wir besuchten auch das ehemalige Krematorium und die Sühnemal-Gedächtniskirche. Ich erklärte unseren Teilnehmern die Entstehung des Glockenstuhls mit der Glocke. Dieses Projekt hat mein Vater Emmerich Hornich (ehemaliger KZ Insasse in Dachau 1938-1945) mit



„Eine Abordnung des Landesverbandes Tirol besuchte die Gedenkfeiern zur Befreiung des KZ Dachau“

Spenden ehemaliger Häftlinge und der Österreichischen Bundesregierung 1961 ermöglicht und den Glockenstuhl mit seinen Mitarbeitern selbst gefertigt.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen traten wir wieder die Heimkehr nach Tirol an.

Landesobmann Clemens Hornich ■

GEDENKMESSE zum 12. März

Die traditionelle Gedenkmesse zum 12. März fand heuer am 14. März statt. Erfreulich viele Kameradinnen und Kameraden sowie Freunde unserer Gesinnungsgemeinschaft nahmen teil.

Der neu bestellte Pfarrer der Michaelerkirche, Pater Erhard Rauch SDS, zelebrierte nach der Begrüßung durch Dr. Gerhard Kastelic die heilige Messe und ging bei seinen Gedanken auf die Themen der Verfolgung und der Opfer des Philipphofes ein. Die Teilnehmer an der heiligen Messe zogen dann mit Lichtern und dem Kranz in die Turmkapelle, wo beim Dachauer Kreuz die Kranzniederlegung erfolgte. Pater Rauch legte mit sehr persönlichen Worten den Anwesenden einige themenbezogene Gedanken vor. Anschließend begaben sich alle Teilnehmer zum Albertinaplatz, wo Bezirksvorsteher MMag. Markus Figl die Erschienenen begrüßte und der ehemalige Bezirksvorsteher Dr. Richard Schmitz Worte des Gedenkens sprach.

GK ■

Gedenken in Hadersdorf und Stein

Am 2. April fanden die schon traditionellen Gedenkveranstaltungen in den oben genannten Orten statt.

Zuerst in Hadersdorf am Kamp, wo offiziell freigelassene Häftlinge des Gefangenenhauses Stein von SS-Truppen hingemetzelt worden sind. Es war ein riesiges Problem, in der Vergangenheit überhaupt am Friedhof dieser Gemeinde eine Gedenkstätte einzurichten und es wird weiterhin von der Gemeindeverwaltung alles getan, um die Wünsche wegen namentlicher Anführung der Opfer zu hintertreiben. Die Frau Bürgermeisterin ist überhaupt nicht bereit, Gespräche mit der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und Widerstandskämpfer Österreichs abzuhalten.

Am Friedhof in Stein an der Donau neben dem Gefangenenhaus veranstaltete die Stadt

Krems eine Gedenkkundgebung bei den Denkmälern für die Opfer der Massaker in Stein an der Donau. Bürgermeister DDr. Reinhard Resch begrüßte die Anwesenden, besonders die diplomatischen Vertreter aus Polen und Griechenland, die dieser Veranstaltung beiwohnten. Dr. Garscha gab einen historischen Überblick über die Geschehnisse in den letzten Tagen der NS-Diktatur in Österreich und die vielen Opfer, die hier von der SS, aber auch lokalen Fanatikern ermordet worden sind. An die Veranstaltung im Friedhof schloss sich ein Gedenken mit einer Ansprache der Botschafterin Griechenlands beim sogenannten Griechengedenkplatz an, sowie ein Besuch im Hof des Gefangenenhauses bei der dort befindlichen Erinnerungstafel. **GK ■**

Neue Rechtsform der KZ Gedenkstätte Mauthausen

Mit dem Gesetz zur Errichtung der Bundesanstalt KZ-Gedenkstätte Mauthausen/Mauthausen Memorial (Gedenkstättengesetz) und Wirksamkeit 1. Jänner 2017 wurde die bisherige Zuordnung der Gedenkstätte an die Abteilung IV/7 des Bundesministeriums für Inneres eine Bundesanstalt geschaffen.

Die Gedenkstätte Mauthausen soll als Gedenkort, Friedhof-Lernort und Begegnungsort fungieren und wurde damit erstmals gesetzlich verankert. Das Gesetz sieht ein 15-köpfiges Kuratorium vor und jeweils einen wissenschaftlichen und einen internationalen Beirat. In

den internationalen Beirat hat die ÖVP Kameradschaft Herrn Dr. Helmuth Wohnout entsandt. Zum Vorsitzenden des internationalen Beirates wurde Dr. Kurt Scholz bestellt, zur Direktorin Frau DDr. Barbara Glück, zum kaufmännischen Leiter Mag. Jochen Wollner und zur pädagogischen Leiterin Mag.a Gudrun Blobberger bestellt.

Wir hoffen und sind der Überzeugung, dass diese Neugestaltung dazu beitragen wird, dass besonders junge Österreicherinnen und Österreicher bei den Besuchen dieser Gedenkstätte ein wahrheitsgemäßes Bild über die Ereignisse von 1938 – 1945 erfahren werden. **GK ■**

„Buch der Opfer“

Am 5. Mai 2017 fand bei der Pfarrkirche St. Andrä in Lienz die Gedenkfeier für die Opfer der NS-Diktatur in Osttirol statt.

Vor 50 Jahren wurde ein Gedenkstein mit Tafel für alle Osttiroler Opfer des Nationalsozialismus bei der Pfarrkirche errichtet und eingeweiht und es wurden dort immer wieder Gedenkveranstaltungen abgehalten. Durch wissenschaftliche Recherchen konnten nunmehr 48 anerkannte Opfer namentlich festgestellt werden und über 57 Mitmenschen, denen das damalige Regime den Wert und damit das Recht auf Leben abgesprochen hatte. Die namentlichen Opfer sind im metallenen Buch der Kunstschlosserei Duregger verzeichnet. Dekan Mag. Kranebitter und Pfarrer DI Hecht nahmen die Segnung vor, ein Quartett der Salzburger Militärmusik umrahmte die Feierlichkeit musikalisch. Frau Bürgermeisterin DI Elisabeth Blank und DI Josef Wurzer, Sohn des Initiators, legten einen Kranz zu den Klängen der Landeshymne nieder.

Initiator der vor 50 Jahren errichteten Gedenkstätte, zahl-



reicher Gedenkveranstaltungen und des neu geweihten „Buch der Opfer“ ist unser Mitglied Reg. Rat Pepi Wurzer. Durch einen Unglücksfall zog sich Wurzer einen Oberschenkelbruch zu, sodass seine Rede vom Sohn vorgetragen werden musste. Er ist aber schon auf dem Weg der Genesung.

In den Reden den wurde der Einsatz und die Professionalität unseres Kameraden und Zeitzeugen hervorgehoben und ihm alles Gute gewünscht.

Für die ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennern für Österreich nahmen Matthias Denifl, Bundesobmann-Stellvertreter, und Franz Quendler, Landesobmann Kärnten, mit Gattinnen an dieser würdigen Gedenkveranstaltung teil.

Matthias Denifl ■

72 Jahre Ende der NS-Diktatur

Am 8. Mai 2017, genau 72 Jahre nach Beendigung der Okkupation Österreichs durch Nazi-Deutschland, luden Bundeskanzler Kern und Vizekanzler Mitterlehner zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an die Beendigung des zweiten Weltkrieges in Europa ein. Beide Persönlichkeiten betonten in ihren kurzen Ansprachen die Bedeutung dieses Tages für die Entwicklung unserer Heimat Österreich.

Frau Univ.Prof. Dr. Katja Sturm-Schnabel, die selbst als slowenisches Kleinkind mit ihren Eltern aus der Heimat vertrieben worden war, schilderte in ausführlicher und bewegender Form ihren Leidensweg und betonte, dass Zehntausende ihrer slowenischen Kameradinnen und Kameraden ebenso dieses Schicksal erleiden mussten. Ihr Appell, so etwas dürfe nie wieder geschehen, schloss diese Veranstaltung. **GK ■**

Aufklärende Geschichtsschreibung

In einer dem „Freiheitskämpfer“ zur Verfügung gestellten Unterlage beschäftigt sich Peter Gstettner² mit dem Opfergedenken und visualisiert am Beispiel der in der NS-Zeit ermordeten Kärntner Zeugen Jehovas aus der Gemeinde St. Martin am Techelsberg, welche Täuschungen Inschriften von Kriegerdenkmälern oftmals suggerieren.

Gstettner konstatiert in seinem Beitrag, dass die vielfältigen Unterschiede der Todesumstände eliminiert worden und alle Toten pauschal zu „Kriegsopfern“ erklärt worden seien: Der Soldatentod sei damit dem Tod jener gleichgestellt, die „im Schatten des Krieges Opfer der NS-Mordmaschinerie“ geworden seien.

Für eine aufgeklärte Gesellschaft solle es indes eine historische und moralische Selbstverständlichkeit sein, die unter dem Hakenkreuz gefallenen Soldaten nicht in einem Atemzug mit den unter diesem Zeichen ermordeten Kriegsgegnern zu nennen.

So seien am betreffenden Kriegerdenkmal die Namen von fünf Zeugen Jehovas unter der Rubrik „vermisst in Deutschland“ angeführt. Das Denkmal trage über alle Opfergruppen hinweg die Überschrift: „Gewidmet von der Gemeinde St. Martin a. T. ihren gefallenen Heldensöhnen“. Darunter prange in goldenen Lettern die Aufforderung: „Wanderer der du hier vorübergehst, gedenke unser, die wir im Weltkriege fürs Vaterland gefallen sind.“ Diese am Denkmal eingravierten Inschriften seien „mit all ihren Widersprüchen und offenkundigen historischen Verfälschungen jahrzehntelang unhinterfragter und in Stein gemeißelter Bestandteil der dörflichen Erinnerungskultur“ gewesen, weil es in den Nachkriegsjahren wohl „zeitgemäß“ gewesen sei, das

Opferkollektiv so undifferenziert darzustellen, dass die unterschiedlichen Wahrheiten, die sich hinter den Ausdrücken „Opfer“, „gefallen“ und „vermisst“ verbargen, der Öffentlichkeit nicht gezeigt worden seien.

Das habe seinen Grund wohl auch in der Konfliktvermeidung und im gesellschaftlichen Konsenszwang des sogenannten „Opfermythos“ gehabt, so Gstettner weiter.

Erinnerungspolitische Verwirrung

In den letzten Jahren haben laut Gstettner die Lebens- und Leidensgeschichten der Zeugen Jehovas und das Wissen über ihren mutigen Widerstand an Publizität gewonnen (siehe u.a. Literaturliste). Andererseits sei auf die erinnerungspolitische Verwirrung zu verweisen, die mit dem Wort „vermisst“ geschaffen worden sei. Wenn jemand im Krieg als „vermisst“ gemeldet worden sei, dann habe dies in der Regel bedeutet, dass die Angehörigen zu Hause noch nicht jede Hoffnung auf eine Rückkehr aufgeben mussten.

Im Falle der hingerichteten Zeugen Jehovas sei jedoch die diesbezügliche Eintragung am Kriegerdenkmal eine glatte Lüge, ein Versuch der öffentlichen Geschichtsfälschung und eine nochmalige Demütigung und Irreführung der Angehörigen gewesen. Denn diese hätten niemals vorgehabt, gefallene „Heldensöhne“ zu betrauern: Durch die Festigkeit ihres



Das Kriegerdenkmal in St. Martin am Techelsberg

Glaubens hätten sie den Verlust eines Angehörigen zu einer von Gott-Jehova auferlegten und bestandenen Glaubensprüfung deuten können.

Historische Wahrheit

Dass die übrige Dorfgemeinschaft jene Menschen ehrlich „vermisste“, die unter dem Fallbeil der Nazirichter ihr Leben lassen mussten, dürfe darüber hinaus bezweifelt werden, hätten sich doch Mitglieder dieser Gesellschaft zum Teil an der Denunziation der Zeugen Jehovas beteiligt. Trotzdem hätten die Zeugen Jehovas ihre Verfolger nicht verurteilt, sondern lediglich die Einsicht gefordert, dass sich die Bevölkerung durch Hartherzigkeit und durch mangelnde Zivilcourage an der ungerechten Verfolgung mitschuldig gemacht hätte.

Ein wichtiger Schritt zur Aufklärung der Bevölkerung sei im August 1998 erfolgt, als die Ausstellung des Informationsdienstes der Zeugen Jehovas „Die vergessenen Opfer der NS-Zeit“ in der Landeshauptstadt Klagenfurt und in allen Kärntner Bezirkshauptstädten zu sehen gewesen sei. Rund 20 Jahre später, am 19. Mai 2017, werde ein wei-

terer wichtiger Schritt zeitgeschichtlicher Aufklärung eingeleitet, wenn der Verein „Lila Winkel“ das neue Namensdenkmal für die fünf Zeugen Jehovas der Öffentlichkeit übergibt und das alte Kriegerdenkmal in der Gemeinde von St. Martin am Techelsberg von der falschen Zuordnung dieser Namen „befreit“ werde. „Damit wird sich die öffentliche Meinung über die Zeugen Jehovas zwar nicht schlagartig ändern, es wird aber ein Schritt in Richtung historischer Wahrheit getan, der nicht mehr rückgängig zu machen sein wird“, so Gstettner.

Red. ■

Literatur:

- Améry, Jean: *Jenseits von Schuld und Sühne*. Stuttgart 1977
 Farkas, Anita: *Geschichte(n) ins Leben holen. Die Bibelforscherinnen des Frauenkonzentrationslagers St. Lambrecht*. Graz 2004
 Jobst, Vinzenz: *ANTON URAN verfolgt – vergessen – hingerichtet*. Klagenfurt 2011
 Malle, Gerti: „Für alles bin ich stark durch den, der mir Kraft verleiht“. *Widerstand und Verfolgung der Zeugen Jehovas in der Zeit des Nationalsozialismus in Kärnten*. Klagenfurt 2011
 Manoschek, Walter (Hrsg.): *Opfer der NS-Militärjustiz. Urteilspraxis - Strafvollzug - Entschädigungspolitik in Österreich*. Wien 2003
 Wölbitsch, Lieselotte: *In tiefer Nacht beginnt der Morgen. Franz Wohlfahrt überlebt den NS-Terror. Mit einem Vorwort von Peter Gstettner*. Klagenfurt 2000

¹ Peter Gstettner ist Gründungsobmann des Mauthausen Komitees Kärnten/Koroška und Vorsitzender des Beirates für Gedenk- und Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Klagenfurt sowie Autor des Buches „Erinnern an das Vergessen. Gedenkstättenpädagogik und Erinnerungspolitik“ (Klagenfurt 2010)

Der Anfang vom Ende

Kurt Wegscheidler hat in der Zeitschrift „Inside“ des Sozialministeriums einen konzentrierten und informativen Überblick zum Beginn der Kriegswende vor 75 Jahren veröffentlicht.

„Es kann nie genug Information über diesen dunkelsten Abschnitt unserer Geschichte geben. Das Verständnis für das damals Geschehene, das durch seine Monstrosität viele immer noch fassungslos macht, ist und bleibt eine Daueraufgabe“, so der Autor:

„Im Dezember 1941 begann jenes Ereignis, das dem scheinbar unaufhaltsamen Vormarsch des Nationalsozialismus ein erstes abruptes Ende setzte. Das NS-Kriegskonzept brach in diesen Tagen zusammen. Der Krieg würde noch dreieinhalb Jahre weitergehen und Millionen Menschen ihr Leben nehmen. In seinem Schatten würde der Holocaust gigantische Ausmaße annehmen. Doch eine Gezeitenwende des 2. Weltkrieges begann in diesen Tagen, die der Anfang vom Ende des Nationalsozialismus waren – und ohne die es daher auch keine wiedererstandene demokrati-

sche Republik Österreich gegeben hätte.“

Bild der Zerstörung

Wegscheidler weiter: „Im Jänner 1942 waren die deutschen Truppen um bis zu 250 km zurückgeworfen, ihre Front war nur mit großer Anstrengung vor einem Zusammenbruch stabilisiert worden. Für die anderen zeigte dieser Gegenstoß viel mehr noch als alle Schrecknisse der monatelangen davorliegenden Kämpfe, was NS-Eroberung bedeutete: Wohin die Befreier auch kamen, zeigte sich das gleiche Bild der Zerstörung und der an der Bevölkerung verübten Gräueltaten der Besatzer: Überall hingen noch Erhängte an den Galgen, fanden sich gefrorene Leichen und geschwärzte Ruinen.“

Entlarvend sind für Wegscheidler auch die im Artikel wiedergegebenen Einschätzungen des Generalstabschefs

Franz Halder und von Joseph Goebbels, die „nach einer relativ kurzen manischen Phase bereits im August 1941 in immer sorgenvolleren Tönen die Ereignisse beschreiben, die ihrem Führer bereits Verdauungsprobleme, Aufregungen und Nervenbelastungen bereiteten“.

Konzentrierte Darstellung

Für ein tieferes Verständnis hat sich Wegscheidler nicht nur der Vorgeschichte und den Vorbereitungen, sondern auch den sich entwickelnden Kräftever-

hältnissen in den Jahren vor dem Angriff und der Angriffsphase und den gängigsten Legenden (Präventivkriegsthese etc.) gewidmet. Jedem, der mit der Lektüre von nur acht Seiten eine konzentrierte Darstellung dieses für das Schicksal Europas und der Welt so entscheidenden Monats vor 75 Jahren, seiner Vorgeschichte und seiner Auswirkungen bekommen will, kann dieser Artikel ans Herz gelegt werden. Er ist auf Anfrage bei der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten zu erhalten.

Red. ■

Gedenkfahrt der Landesgruppe Vorarlberg nach Innsbruck

Am 5. April unternahm eine Delegation der Landesgruppe Vorarlberg eine Gedenkfahrt nach Innsbruck, wo uns von der Landesgruppe Tirol ein herzlicher Empfang bereitet wurde.

Der Tiroler Landesobmann Clemens Hornich hatte für uns schon im Vorfeld ein interessantes Programm organisiert. Vom Bahnhof wurden wir zum

Landhaus begleitet, wo wir im Alten Landhaus den berühmten Landtagssitzungssaal bestaunen durften.

Nach einer Tasse Kaffee zur Begrüßung wurden wir von einem sehr profunden Kenner der Tiroler Geschichte und Kunstgeschichte, Herrn Hofrat Dr. Heinz Wieser, über die Architektur des prunkvollen Barockbaus und die kunstvolle

Gedenkfahrt nach Salzburg

Am 28. März 2017 unternahm die Landesgruppe Tirol unter Führung von Landesobmann Clemens Hornich eine Fahrt nach Salzburg, wo gemeinsam mit der dortigen Landesgruppe unter Führung von Landesobmann Peter Denifl zunächst der Salzburger Dom besichtigt wurde. Nach einem Besuch des Residenzplatzes und kurzem Gedenken bei der Erinnerungstafel zur Bücherverbrennung am 30. April 1938 ging es zum Friedhof der Erzabtei St. Peter und zur St. Georgs-Kapelle. Die beiden Landesgruppen besichtigten das Keutschach-Denkmal. Anschließend ging es mit der Bahn auf die Feste Hohensalzburg, wo Museum und Fürstenzimmer besichtigt wurden. Nach einem abschließenden Mittagessen ging es für die Tiroler zurück ins „Heil’ge Land“.

PH ■



Vortrag im Landtagssitzungssaal

Innengestaltung des Landtags-sitzungssaales ausführlichst informiert. Mit großem Interesse lauschten wir seinen Ausführungen über die Geschichte der Tiroler Landstände und über die Wand- und Deckenfresken von Cosmas Damian Asam (1734), die Szenen aus dem Alten Testament mit Bezug auf die Tiroler Landschaft darstellen.

Nach einem köstlichen Mittagessen in gemütlicher Runde besichtigten wir die Gedenkstätte in der Reichnau, die an ein Auffanglager der GESTAPO erinnert, wo viele „Patrioten aus allen vom Nationalsozialismus besetzten Ländern inhaftiert und gefoltert wurden und viele von ihnen den Tod fanden“ – so der Text der Inschrift. Anschließend besuchten wir den Innsbrucker



Besuch der Gedenkstätte in Reichnau

Dom St. Jakob, wo die Seligen Märtyrerpriester Otto Neururer und Carl Lampert durch Gedenktafeln in zwei gegenüberliegenden Seitenaltären verehrt werden.

Nach einer fröhlichen Kaffeepause im traditionsreichen Cafe Munding in der Altstadt erwischten wir gerade noch rechtzeitig und vollzählig den Zug nach Hause. Ein herzliches

Dankeschön für einen sehr gelungenen Tag in Innsbruck unseren Tiroler Kameraden mit ihrem Obmann Clemens Hornich!

Landesobfrau
Dr. Elisabeth Keckeis ■

Nicht schwarz und weiß, sondern viele Grautöne

Die historische Auseinandersetzung mit den Ereignissen der Zwischenkriegszeit bietet zumeist die Projektionsfläche für ideologische Grabenkämpfe und ist zudem von Mythen- und Legendenbildung gekennzeichnet. Gudula Walterskirchen, Journalistin und Historikerin, wagt sich mit ihrem neuem Buch dennoch einmal mehr in diese ideologische Kampfzone.

Dabei ist sich die Autorin der „Gefahr“ ihres Unternehmens wohl bewusst, wie sie schon im Vorwort des Buches ausführt: „Es herrscht heute in der Zeitgeschichte eine Tendenz vor, Geschichtsschreibung als eine Art Tribunal über die Protagonisten der Vergangenheit zu betrachten und diese mit heutigen (moralischen) Maßstäben zu be- oder gar zu verurteilen. Dadurch setzen sich jene, die sich dieser Art der Geschichtswissenschaft nicht unterwerfen, sondern Personen und Ereignisse rein aus dem historischen Kontext heraus und bewusst

nicht wertend beschreiben, der Gefahr aus, selbst zu Objekten des Tribunals zu werden.“

Walterskirchen unternimmt, gestützt auf umfangreiches Quellenstudium, den Versuch, die Ereignisse in den Jahren 1927 bis 1938 von unterschiedlichen Seiten zu beleuchten, wobei sie der Beurteilung in den zeitgenössischen Medien breiten Raum widmet. Schon dieser Zugang ist interessant und zweifelsohne ein tauglicher Versuch, von der nur allzu oft anzutreffenden Schwarz-Weiß-Malerei in der Darstellung historischer Abläufe weg zu kommen. Denn

auch wenn die Autorin sichtlich bemüht ist, die linke Deutungshoheit über die dargestellten Ereignisse zu durchbrechen und deren Vorhandensein an diversen Instituten und im zeitgeschichtlichen Diskurs zu Recht direkt anspricht, widersteht sie dennoch der Versuchung, die christlich-soziale Seite reinzuwaschen und von aller Schuld freizusprechen.

Blutiger Auftakt

Das Kapitel „Blutiger Auftakt: Schattendorf und das Gemetzel vom Juli 1927“ behandelt nicht nur die Ereignisse in der burgenländischen Kleingemeinde an jenem 27. Jänner 1927 selbst – die gleichwohl minutiös rekonstruiert werden – es erfolgt auch eine Darstellung der Vorgeschichte und des zeitgeschichtlichen Umfelds:



Gudula Walterskirchen
**Die blinden Flecken
der Geschichte
Österreich 1927–1938**

Kremayr & Scheriau 2017
208 Seiten, 22,90 Euro

Ignaz Seipel hatte im Oktober zuvor erneut die Kanzlerschaft übernommen und die Sozialdemokratie sich bei ihrem Parteitag das radikal formulierte „Linzer Programm“ gegeben. Die zunehmende Radikalisierung der paramilitärischen Verbände auf linker und rechter



Volles Haus bei der Buchpräsentation in der Buchhandlung Herder.

Seite erfolgte vor dem Hintergrund anstehender Nationalratswahlen, die für Nervosität bei den Parteien sorgten. Die Sozialdemokraten hofften, den verhassten Prälaten an der Spitze der „Schwarzen“ und der Regierung endlich stürzen zu können. Der Justizpalastbrand und die historischen Darstellungen über den Weg dorthin dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Was man Walterskirchen hoch anrechnen muss: Sie untersucht die vorherrschenden historischen Narrative und weist nach, dass diese bis heute sehr stark von den zeitgenössischen, in keiner Weise objektiven Medienberichten geprägt sind. Und sich folgerichtig auch selbst als wenig objektiv darstellen.

Besonders bemerkenswert ist der Versuch, mit Hilfe prominenter Juristen eine Bewertung des Prozesses aus heutiger Sicht zu bewerkstelligen. Das führt zur Erkenntnis, dass die in zeitgenössischen Zeitungen aufgestellte Behauptung, wonach die Anklage auf Mord hätte lauten müssen, nicht haltbar ist. Es sind viel mehr Fragen der damals noch völlig unausgegorenen Laiengerichtbarkeit, die letztlich zur Eskalation beigetragen haben: Etwa die Tatsache, dass

eine Aufhebung des Urteils wegen juristischer Mängel, wie sie heute wahrscheinlich wäre, damals nicht vorgesehen war. In keinen Interpretationsspielraum zulassender Weise betont die Autorin aber auch, dass die (zu keinerlei objektiver Berichterstattung fähigen) Zeitungen ein gerüttelt Maß Schuld an den Entwicklungen trugen.

Der Februar 1934

Im Kapitel über die blutigen Auseinandersetzungen von 1934 weist die Autorin schlüssig nach, dass die Nationalsozialisten nicht nur (wie bekannt) die steirischen Heimwehren unterwandert hatten, sondern auch den sozialdemokratischen Schutzbund. So haben NS-Protagonisten Walterskirchen zu Folge den Putschversuch (dass das Wort vom „Bürgerkrieg“ den Ereignissen nicht gerecht wird, wird anhand der Fakten hinreichend nachgewiesen) wenn schon nicht initiiert dann zumindest tatkräftig befördert. Neben dem oberösterreichischen Schutzbundführer Richard Bernaschek, der von Nationalsozialisten aus dem Gefängnis befreit wurde und sich später immer mehr der NS-Ideologie zuwandte, betraf dies

etwa Franz Sichlradner und Franz Schrangl, Bürgermeister bzw. Schutzbundführer von Steyr. Beide hielten intensiven Kontakt zur NS-Seite und fanden sich wohl nicht zufällig gleich nach dem März 1938 in hohen Parteifunktionen des NS-Regimes wieder. Walterskirchen straft die Erzählung von den „Arbeitern, die sich für Demokratie und Freiheit erhoben haben“ Lügen. Sie vergisst allerdings nicht darauf hinzuweisen, dass der bewaffnete Umsturzversuch der für die „Diktatur des Sozialismus“ eintretenden Schutzbündler gegen den Willen der sozialdemokratischen Parteiführung passierte, die angesichts des zunehmenden Nazi-Terrors eigentlich auf Ausgleich bedacht war.

Die Autorin findet auch klare Worte, was die Vollstreckung der Todesurteile durch das Regime betrifft „(...) es bleibt die schreckliche Last der Verantwortung auf Seiten des Regimes, das auf die Vollstreckung der Todesurteile nicht verzichtet hatte, (...)“

Begrifflichkeiten und Deutungshoheit

In einem eigenen Abschnitt des Buches beschäftigt sich die Autorin mit dem Zeitabschnitt

von 1933 bis 1938, dessen unterschiedliche Bewertung sie am Streit um die Begrifflichkeit festmacht: „Austrofaschismus“, „Ständestaat“, „Regierungsdiktatur“ um nur drei zu nennen. Sie fasst den Zeitraum kurz zusammen, um dann auf Einzelaspekte näher einzugehen. So geht sie in der Darstellung der Person Engelbert Dollfuß auf dessen – für den politischen Gegner nicht nachvollziehbare – religiöse Motivation ein: „*Sein Kampf richtete sich nicht nur gegen den politischen Gegner, sondern gegen den ‚Antichristen‘, der – nicht nur von ihm – im Marxismus und im Nationalsozialismus gleichermaßen geortet wurde.*“

Von besonderem Interesse ist ein anderer Teilaspekt, nämlich das Thema Ständestaat und Antisemitismus. Hier weist Walterskirchen anhand diverser Quellen und Persönlichkeiten unterschiedlicher politischer Provenienz nach, dass der Antisemitismus ein alle weltanschaulichen Grenzen überschreitendes Phänomen der 1. Republik war. Was den Ständestaat als Regime betrifft, kann man allerdings keinerlei diesbezügliche Merkmale feststellen – was die von der linken Geschichtsschreibung stets behauptete „Kontinuität der Faschismen“ auch in dieser Hinsicht Lügen straft. Im Gegenteil flüchteten ab 1933 viele Juden aus dem nationalsozialistischen Deutschland nach Österreich. Anlässlich der Ermordung des Bundeskanzlers schrieb „Die Jüdische Front“: „*Als der Hass gegen unsere Brüder (...) anstürmte, war Bundeskanzler Dollfuß derjenige, der unbeirrt von den Losungen einer verhetzten Minderheit in der neuen ständischen Verfassung unsere Gleichberechtigung verankerte (...) Wir wissen ihm Dank dafür, dass er uns nicht zu Menschen zweiter Klasse stempeln ließ.*“

Die Autorin beschäftigt sich danach unter anderem mit der

Darstellung des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes durch unterschiedlicher Historiker-Kollegen und kritisiert, dass so mancher die wissenschaftliche Seriosität zugunsten einseitiger politischer Betrachtung zurückstellt.

Das betrifft freilich auch das abschließende Kapitel, indem Walterskirchen die Gedenkkultur und deren Instrumentalisie-

rung durch die Politik aufgreift. Einmal mehr kritisiert sie dort neben anderen Punkten die noch immer erfolgende Gleichsetzung des Ständestaats mit der NS-Diktatur, wie sie etwa in Kranzniederlegungen vor Denkmälern „an die Opfer des Faschismus 1934 bis 1945“ zum Ausdruck kommt. Sie bezeichnet derlei wörtlich als „Geschichtsfälschung“.

Bereits im vorletzten Kapitel behandelt Walterskirchen das Jahr 1938 und beschäftigt sich mit der ewigen Frage nach Opfer- und Täterschaft Österreichs, wobei der Opfermythos der Nachkriegszeit seit Mitte der 1980er Jahre immer stärker durch eine ebenso wenig stimmige All-Tätertheorie abgelöst wurde. In diesem Zusammenhang stellt die Autorin die be-

rechtigte Frage, ob die Österreicher vor dem Einmarsch der deutschen Truppen tatsächlich mehrheitlich für den „Anschluss“ gewesen seien, was der Begriff eigentlich suggeriert. Sie bezweifelt dies und plädiert daher für das passendere Wort der „Annexion“.

Ein lesenswertes Buch, das teils überraschend neue Perspektiven eröffnet. PH ■

Auschwitz – Geschichte, Gedenken, Bildung.

Von 8. bis 14. April organisierte die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände eine Studienreise nach Auschwitz und Krakau.

Das umfangreiche Programm begann mit einem Vortrag über die Geschichte der Krakauer Juden und einer Studienführung durch das jüdische Viertel Kazimierz, das heute Teil Krakaus ist, früher aber eine Siedlung außerhalb der Stadt war. Ab dem 14. Jahrhundert wurden die Juden hierher angesiedelt, weil man sie nicht in der Stadt haben wollte. Die Teilnehmer besichtigten unter anderem die Remuh-Synagoge, den Remuh-Friedhof, sowie die progressive Tempel-Synagoge. Vor 1939 waren rund ein Viertel der Krakauer Bürger Juden, wobei der Anteil innerhalb der Ärzteschaft nicht weniger als 90 Prozent, bei den Anwälten immerhin noch 50 Prozent betrug. Nach

der Nazi-Verfolgung waren es 1950 nur mehr rund 5.000 Juden, die die heute wieder existente kleine Krakauer Gemeinde bildeten.

Exilregierung und Kollaboration

Teil der Studienreise und des Vortragsprogramms war die Auseinandersetzung mit der politischen Situation Polens unter deutscher Besatzung. Es existierte eine Exilregierung in London und im Untergrund eine Regierungsdelegation in Warschau, der unterschiedliche Parteien angehörten, nämlich unter anderem die christlich-demokratische, die Bauernpartei und die sozialdemokratische Partei. Die Kommunisten und ab 1942 die rechtskonservative



Die Delegation der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten (v.l.n.r.): Heinz Anderwald, Peter Hauer-Pawlik, Matthias Denifl, Wolfgang und Hannelore Ottlyk, Clemens Hornich.

Nationalpartei agierten außerhalb der Regierungskoalition. Daneben existierte der bewaffnete Widerstand, dem sich rund 220.000 Polen angeschlossen hatten.

Freilich fand auch Kollaboration mit dem NS-Regime statt. So beteiligten sich Polen

durch Denunziantentum an der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, sie kooperierten im Rahmen der polnischen Polizei oder dienten in der deutschen Wehrmacht. Die schreckliche Bilanz von NS-Terror und Weltkrieg spricht eine deutliche Sprache. Rund 5,5 Millionen



Der ehemalige Deportations-sammelplatz in Krakau



Der jüdische Friedhof in Krakau

Todesopfer forderten Krieg und Vernichtung, rund 2,8 Millionen der Opfer waren polnische Juden.

Die Teilnehmer an der Studienfahrt besuchten die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, wo die Anfangsphase der Vernichtung der Juden im Konzentrationslager Auschwitz anhand von erhaltenen Dokumenten (v.a. aus russischen Beständen) erarbeitet wurde, auch die Baupläne des Lagers und dessen Baugeschichte wurde rekonstruiert.

Tarnnamen für unmenschliche Vorhaben

Außerdem belegen zahlreiche Dokumente und Überreste die Vernichtung der Lagerinsassen in den Lagern Auschwitz I und Auschwitz II-Birkenau. Die Nationalsozialisten verwendeten Tarnnamen für ihre unmenschlichen Vorhaben: „Sonderbehandlung“, „Judenaussiedlung“, „Sonderkommando“ und ähnliches waren doch nur andere Worte für Qual und Vernichtung. Zu sehen gab es Dokumente der Lagerkanzlei und des Archivs: Fotos, Sterbebücher, Sterbeurkunden, Standesmeldungen, Häftlingskorrespondenz und Häftlingsberichte. Besonders interessant für die Teilnehmer

die Funktion und Bedeutung der Kunst in Auschwitz: Es besteht eine große Sammlung an Kunstwerken der Insassen. Manche Werke wurden im Auftrag der SS offiziell erstellt, manche „privat“ für SS-Schergen, so manches wurde geheim erstellt und einiges schließlich nach der Befreiung aus dem Lager.

Österreichische Opfer

Die Teilnehmer erfuhren außerdem über die Organisationsstruktur des Konzentrationslagers und über das Schicksal von nach Auschwitz deportierten Einzelpersonen, darunter auch eine Reihe von Österreichern:

Ernst Burger, Mitglied der „Kampfgruppe Auschwitz“, Ludwig „Vickerl“ Vesely und Rudolf Friemel, Mitglieder des konspirativen Widerstandes und Fluchthelfer, wurden hinge-



Lager
Auschwitz

durch Flucht und war Mitbegründer des Internationalen Auschwitz Komitees.

Josef Meisel, Benedikt Kautsky und Ruth Klüger ge-

richtet, Alfred Klahr, ebenfalls Mitglied der „Kampfgruppe Auschwitz“ wurde auf der Flucht erschossen.

Sidonie Adlersburg wurde vergast, Alma Rosé verstarb im Lager.

Hermann Langbein, Schreiber beim sogenannten SS-Standortarzt, Mitglied der Widerstandsgruppe „Kampfgruppe Auschwitz“, überlebte

lang die Flucht, Ella Lingens erlebte das Ende der NS-Zeit und die Befreiung des Lagers.

Weitere Programmpunkte waren Besuche der Nebenlager und des internationalen Bildungszentrums über Auschwitz und den Holocaust, das Teil des staatlichen Museums Auschwitz ist und ein Seminarzentrum beherbergt. Neben Schulklassen absolvieren dort nicht nur Lehrer, sondern auch Heeres-, Justiz- und Polizeiangehörige Fortbildungsseminare. Außerdem werden sowohl online- als auch Printpublikationen produziert, man verfügt über eine umfangreiche Bibliothek und das Zentrum dient als Ort für Ausstellungen, Kongresse und vielfältige Arten von Veranstaltungen.

PH/PHP ■

Offenlegung

Medieninhaber: ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich (Kuratorium) **Vereinsgegenstand:** Zweck des Vereines ist insbesondere auch die Pflege und Festigung der Kameradschaft aller, die für Österreichs Freiheit gekämpft oder im Kampf gegen den Nationalsozialismus Leid und Verfolgung erlitten haben, die Pflege der pietätvollen Erinnerung an Kameraden, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben, sowie Kampf gegen jede Diktatur, Klassen- und Rassenhass für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde und Bekenntnis zu Österreichs Unabhängigkeit und seiner historischen Stellung in Europa. Der Verein ist ein der ÖVP nahestehender Verband (§ 1 Abs. 3 der Statuten). Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder bei Behörden und anderen Organisationen, nimmt Einfluss auf legislative und soziale Maßnahmen für die Opfer des NS-Regimes, unterstützt deren Ansprüche und informiert nachfolgende Generationen. Der Verein nominiert weiters gem. § 17 Abs. 2 des Opferfürsorgegesetzes (OFG) BGBl 185/1947, idgF Vertreter in die beim Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz bestehende Opferfürsorgekommission, seine Landesverbände gem. § 11 c) OFG Mitglieder in die bei dem jeweiligen Amt der Landesregierung gebildete Rentenkommission. **Dem Vorstand gehören an:** Obmann KomR. Dr. Gerhard Kastelic, Obleute-Stv. Matthias Denifl, BR a.D. BezR Dr. Franz Eduard Kühnel und Mag. Wolfgang Schwarz, Schriftführer RA Mag. Dr. Marcus Zimmerbauer, Kassier: Mag. Franz Stabler, Kassier Stv. Doris Neumayer. **Grundlegende Aufgabe der Zeitschrift** ist neben dem Bericht über die Aktivitäten des Vereines die Weitergabe von Information an die Öffentlichkeit und vor allem an die jüngere Generation über beweiskräftige Tatsachenberichte, sowie Beistellung von Akten, Dokumenten und sonstigen stichhaltigen Unterlagen, die geeignet sind, den großen Anteil Österreichs am Befreiungskampf Europas unwiderleglich zu erweisen.

Urlaubssperre

Das Sekretariat der Bundesleitung und der Landesleitung Wien ist **vom 3. Juli 2017 bis einschließlich 25. August 2017** geschlossen. Dringende Anfragen bitte schriftlich oder telefonisch unter 01/4061144. Ein Journaldienst wird für die Weiterleitung und Bearbeitung sorgen. Ab September 2017 ist unser Sekretariat Wien 8, Laudongasse 16, 1. Stock wieder jeden Mittwoch von 10 bis 12 Uhr geöffnet.

www.oevp-kameradschaft.at • office@oevp-kameradschaft.at

Impressum:



Medieninhaber und Herausgeber:

Kuratorium der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, 1080 Wien, Laudongasse 16
Tel: 01/406 11 44
Fax: 01/401 43-350
Schriftleitung: Mag. Paul Hefelle

Fotos: Archiv, Gerhard Kastelic, Franz Quendler, Peter Gstettner, Elisabeth Keckeis, Peter Hauer-Pawlik, privat

Satz/Umbruch: Tanja Pichler, 1070 Wien, Kaiserstraße 94

Druck: Druckerei Lischkar, Migazziplatz 4, 1120 Wien